



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament

Eine Postwachstums- gesellschaft für das 21. Jahrhundert Zusammenfassung



GREEN EUROPEAN FOUNDATION

Vorliegende Broschüre ist eine ausführliche Zusammenfassung der Studie „Eine Postwachstumsgesellschaft für das 21. Jahrhundert“ des französischen Forschungsinstitutes IDDRI (Institut du développement durable et des relations internationales). Die Studie wurde mit finanzieller Unterstützung der Fraktion die Grünen/EFA im Europäischen Parlament verwirklicht.

Die vollständige Studie kann bezogen werden unter:
<http://greennewdeal.eu/green-economy/publications/2011/en/a-post-growth-society-for-the-21st-century.html>

Herausgegeben auf Deutsch von der Green European Foundation für die Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament.

Kontakt für Bestellungen:

Green European Foundation asbl , Büro Brüssel, 15 Rue d'Arlon ,
1050 Brüssel, Belgien

Green European Foundation asbl, 1, rue Fort Elisabeth, 1463 Luxemburg,
Luxemburg

info@gef.eu – www.gef.eu

© Green European Foundation asbl, Grünen/EFA-Fraktion im Europaparlament.
Alle Rechte vorbehalten.

Diese Zusammenfassung wurde verfasst von Julian Hale, freischaffender Journalist.
Projektkoordination: Marina Barbalata, Green European Foundation &
Stefanie Hundsdorfer, Die Grünen/EFA Fraktion im Europaparlament
Übersetzung: Lund Languages

Deckblatt: © 4x6

Gedruckt in Belgien, Dezember 2013.

Alle Rechte vorbehalten.

Produktion: Micheline Gutman

Aus 100% Recyclingpapier

Mit finanzieller Unterstützung des Europäischen Parlaments.

Vorwort

von Philippe Lamberts und Yves Cochet
Europaabgeordnete, Mitglieder der Fraktion der Grünen/EFA

Das Wirtschaftswachstum in Europa liegt seit mehreren Jahren bei etwa 0 %. Betrachtet man einen längeren Zeitraum, so ist die Wachstumsrate im Laufe der letzten Jahrzehnte fortlaufend zurückgegangen. Dennoch dreht sich die öffentliche Debatte ausschließlich um die notwendige Rückkehr zum Wachstum als *Conditio sine qua non* für jegliche Wirtschafts-, Sozial- und selbst Umweltpolitik. Auch wenn das Ziel Wirtschaftswachstum sich neue Eigenschaften zugelegt hat – „intelligent“, „integrativ“ und „nachhaltig“ – es ist und bleibt eines der Hauptthemen der gesamten Politik.

Ist Wirtschaftswachstum in unseren Ländern weiter möglich? Darüber besteht grundlegende Unsicherheit. Aus einer Vielzahl von Gründen, umweltbezogen, wirtschaftlich, historisch, sozial usw., können wir nicht mehr auf die Rückkehr des Wirtschaftswachstums in Europa als Lösung für alle aktuellen und zukünftigen Herausforderungen warten. Auf dieser Aussage basiert die Studie „Eine Postwachstumsgesellschaft für das 21. Jahrhundert. Ist Wohlstand auch ohne die Rückkehr des Wirtschaftswachstums möglich?“ der Institute IDDRI und CIREN, welche mit finanzieller Unterstützung der Fraktion der Grünen/EFA im Europäischen Parlament verwirklicht wurde.

Als Grüne schließen wir uns dieser Analyse an: Die blinde Verfolgung des Ziels Wirtschaftswachstum gemessen allein am Wachstum des BIP als Lösung für alle Probleme ist eine Illusion. Eine gefährliche Illusion sogar. Denn das Wirtschaftswachstum bezieht weder Ungleichheiten noch Unsicherheit ein. Es ist mit der Vergrößerung unseres ökologischen Fußabdrucks verbunden, und zwar durch die zahlreichen Umweltschäden, die schon durch seinen Beitrag an der Erschöpfung unserer natürlichen Ressourcen verursacht werden. Denn es stellt der Zielstellung der qualitativen Entwicklung der Menschheit die quantitative Steigerung des Wirtschaftswachstums voran.

Ausgehend von dieser Feststellung eröffnen sich uns zwei Aufgaben, die wir angehen müssen: Einerseits müssen wir ein Konzept, ein Narrativ, erarbeiten, das sich von der Besessenheit vom Wachstumsbegriff befreit und dabei eine klare und kohärente Richtung vorgibt – ob mittels der Idee des Postwachstums oder der des Wohlstands ohne Wachstum, alternative Denkmodelle gibt es bereits. Ohne sich in großen Worten und Begriffen zu verlieren, geht es darum, dass die Grünen sich auf reelle Ziele wie den Kampf gegen die Klimaerwärmung, die Verringerung der Ungleichheiten, die Arbeitsplatzbeschaffung, die wissenschaftliche und soziale Forschung, usw. konzentrieren und sich dabei vom Diskurs des Wirtschaftswachstums lösen.

Darüber hinaus geht es darum, sich - jenseits der Begrifflichkeiten - für konkrete Lösungen zur Erzielung von Wohlstand in unseren Gesellschaften sowie für das Wohlbefinden unserer MitbürgerInnen und Mitbürger einzusetzen. Konkrete Lösungen, die sich unabhängig vom Wirtschaftswachstum realisieren lassen. Wie die Studie unterstreicht, ist die Wahrscheinlichkeit von Entwicklung auch in einem Umfeld, in dem die Wachstumsraten des BIP schwach sind, ja sogar bei 0 liegen, groß. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, unser Gesellschaftsmodell zu überdenken. Es ist besser, schon heute vorauszuplanen, als sich überstürzten, potentiell gewaltsamen und verheerenden Veränderungen gegenüber zu sehen.

Auch wenn Geld allein nicht glücklich macht, kann man natürlich nicht verleugnen, dass es dennoch dazu beiträgt, eine bessere Zukunft für alle zu schaffen. Es liegt in unserer Verantwortung, innovative und ehrgeizige aber gleichzeitig auch realistische Lösungsansätze zu entwickeln. Beispielsweise müssen wir Antworten auf die Fragen finden, die uns die Organisation und Funktionsweise einer Postwachstumsgesellschaft stellt: Wie können die Systeme zur sozialen Absicherung finanziert werden, wie schaffen wir Arbeitsplätze, wie schützen wir unsere Umwelt, etc. Abgesehen von Worten und guten Intentionen liegt hierin unsere wahre Herausforderung. Diese Studie gibt uns Hinweise und stellt uns Fragen, mit denen wir uns diesbezüglich näher beschäftigen sollten.

Wie die Studie zeigt, ist diese Herausforderung umso größer, als es umso schwieriger ist, allen ein großes Stück vom Kuchen abzugeben, wenn der ökonomische Reichtum nicht mehr im gleichen Maße bzw. gar nicht mehr wächst. Eine Postwachstumsgesellschaft erfordert demnach schwierigere Entscheidungen und somit intensivere politische Debatten und mehr politischen Mut. Für uns Europäerinnen und Europäer werden gleichzeitig kritische Fragen in Hinsicht auf unsere Beziehung zum Rest der Welt aufgeworfen, aufgrund unserer Abhängigkeit von Energie und anderen Ressourcen, und hinsichtlich unserer Fähigkeit zur Selbstbeschränkung und zum erfolgreichen ökologischen Wandel.

Letztlich müssen wir in der Lage sein, ein realistisches, aber positives Konzept der Transformation zu entwickeln. Wir müssen Alternativen vorschlagen, die nicht von oben angeordnet, sondern gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, auf Basis der realen Gegebenheiten, entwickelt werden. Ein Konzept also, das nicht vorschreibt, was sein soll, sondern dass die Bürgerinnen und Bürger in einem Prozess des Wandels begleitet. Eine Gesellschaft mit Wohlstand, mit gutem Leben, für alle, hier und jetzt: das ist unser Grünes Projekt. Und es ist unsere gemeinsame Aufgabe es zu entwickeln und umzusetzen.

Eine Postwachstumsgesellschaft für das 21. Jahrhundert

Politikerinnen und Politiker in ganz Europa, ob sie der politischen Linken oder Rechten zugehören, sind derzeit besessen davon, Wirtschaftswachstum gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) als die wesentliche, unabdingbare Voraussetzung für individuellen und kollektiven Wohlstand zu betrachten. Die vorliegende Studie hinterfragt diese Annahme. Dabei wird argumentiert, dass das BIP und die Wachstumsraten des BIP aus den Entscheidungen der Gesellschaft darüber resultieren, in welche Richtung sie sich entwickeln will, und **dass Politikerinnen und Politiker sich von ihrer Besessenheit vom Wirtschaftswachstum per se lösen und sich darauf konzentrieren sollten, was sie für die Gesellschaft erreichen wollen.**

Dieser Artikel ist eine Zusammenfassung der Studie *Eine Postwachstumsgesellschaft für das 21. Jahrhundert. Ist Wohlstand auch ohne die Rückkehr des Wirtschaftswachstums möglich?* Es werden die Hauptargumente dargestellt und einige der wichtigsten Schlussfolgerungen zusammengefasst. Die vollständige Studie (auf Englisch) kann unter folgendem Link heruntergeladen werden:
www.bit.ly/postgrowth

Die Wirtschaftswachstumsraten in Europa sind seit den 1970er Jahren träge und es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass es in der nahen Zukunft einen deutlichen Anstieg der Wachstumsraten geben wird. In diesem Zusammenhang hoffen einige europäische Führungspersonlichkeiten auf eine neue industrielle Revolution und eine Rückkehr in die Jahre des wirtschaftlichen Aufschwungs, die auf den zweiten Weltkrieg folgten, wäh-

rend andere schon mit einer jährlichen Wachstumsrate von 2 % zufrieden wären, wenn nur die derzeitige Wirtschaftskrise überstanden ist.

Die vorliegende Studie deutet jedoch darauf hin, **dass geringe Wachstumsraten wahrscheinlich sind und dass eine große Unsicherheit hinsichtlich der Wachstumsaussichten für die Zukunft herrscht.** Die Herausforderung für europäische Bürgerinnen und Bürger und Politikerinnen und Politiker liegt darin, diese Unsicherheit zu akzeptieren und eine Gesellschaft zu formen, die sich selbst davon befreit, allein auf das Wachstum zu schauen – eine Gesellschaft, die sich auf andere Wege konzentriert, um Wohlbefinden und Wohlstand zu gewährleisten. Diese Art von Gesellschaft wird in der Studie als ‚Postwachstumsgesellschaft‘ bezeichnet.

Sinkende Wachstumsraten in den letzten 40 Jahren

Bevor genauer auf das Konzept des „Postwachstums“ eingegangen wird, ist es wichtig, die Bedeutung von Wachstum und die Entwicklung der Konjunktur im Verlauf der Geschichte zu verstehen.

Was ist Wirtschaftswachstum?

Wirtschaftswachstum bezeichnet die jährlichen Veränderungen in Hinsicht auf das, was eine Volkswirtschaft produziert, oder anders gesagt: alle Endprodukte und Dienstleistungen, die in einem bestimmten Gebiet gekauft und verkauft werden. Das Wirtschaftswachstum einer Nation wird allgemein anhand des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gemessen. Ein großer Nachteil hieran ist, dass nicht-finanzielle Aspekte des Lebens, wie beispielsweise

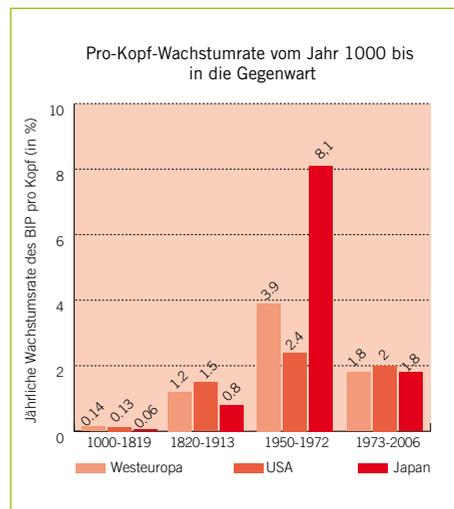
das Bildungsniveau der Bevölkerung, die Gesundheit der Menschen oder der Zustand der Umwelt im BIP nicht gemessen werden, und dass die soziale Gerechtigkeit nicht berücksichtigt wird.

Die größten Wachstumsraten in der Geschichte der Wirtschaft wurden nach dem zweiten Weltkrieg verzeichnet, als das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Westeuropa jährlich um fast 4 % stieg. Dieses Wachstum wurde durch eine Vielzahl von Faktoren vorangetrieben, u.a. durch technologische und organisatorische Innovationen. Dieser anhaltende Anstieg der Wachstumsraten führte im Gegenzug dazu, dass sich der Lebensstandard der Menschen rasant verbesserte. Diese positive Wachstumsspirale kam jedoch in den 1970er Jahren zu einem Ende, als die Stundenproduktivitätsgewinne in den europäischen Wirtschaften fielen.

Produktivitätsgewinne waren ein entscheidender Faktor zur Steigerung des Wachstums. Mehr Produktivität bedeutet im Wesentlichen, dass pro Zeiteinheit mehr produziert wird. Erreicht werden konnte dies durch technologische Innovationen wie beispielsweise den Webstuhl oder die Dampflokomotive. Durch Technologien wie die Dampfkraft, die während der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert aufkam, konnten Produktions- und Absatzprozesse umstrukturiert werden. Die Dampfkraft stellte eine günstigere Energiequelle dar, wodurch die Standorte von Fabriken geographisch konzentriert werden konnten und Produktionsstätten näher an den primären Rohstoffen und den Verbrauchern angesiedelt werden konnten. Innovationen in der Arbeitsorganisation trugen ebenfalls zu einem Anstieg der Produktivität bei. Als Beispiele für diese Innovationen gelten Großfabriken und Fließbandfertigung.

Paradoxerweise spielten auch die beiden Weltkriege eine große Rolle dabei, das Wachstum anzukurbeln. Dies liegt zum Teil daran, dass während des Krieges zerstörte Häuser, Fabriken und Maschinen wieder aufgebaut werden mussten. Außerdem konnte Europa eine Reihe von in den USA entwickelten Technologien (z.B. zur Massenproduktion) aufgreifen.

Ab den 1970er und 1980er Jahren ließen die Produktivitätsgewinne in vielen europäischen Ländern nach. In den 1980er Jahren war beispielsweise die Modernisierung und Neuorganisation der Fabriken abgeschlossen, sodass es weniger Möglichkeiten für relativ leicht zu erreichende Produktivitätsgewinne gab. Ein weiterer Faktor war die Verlagerung hin zu dienstleistungsorientierten Volkswirtschaften in den europäischen Ländern, da der Dienstleistungssektor geringere Produktivitätsgewinne erzielt als der industrielle Sektor. So fiel beispielsweise der Anteil der verarbeitenden Industrie am BIP in Frankreich von 20 % auf 13 % und in Deutschland von 31 % auf 24 %.



In den letzten 40 Jahren lagen die Wachstumsraten bei etwa 2 %, was dem Durchschnitt seit Beginn der ersten industriellen Revolution Anfang des 19. Jahrhunderts entspricht. **Aus dieser Tendenz und den bereits erläuterten Gründen heraus kann geschlossen werden, dass die hohen Wachstumsraten nach Ende des zweiten Weltkriegs eher die Ausnahme als die Regel waren.** Deshalb müssen europäische Gesellschaften damit umgehen, dass künftige Wachstumsraten nicht mit Sicherheit vorhergesagt werden können, und diese höchstwahrscheinlich gering sein werden.

Grundlegende Unsicherheit hinsichtlich des Wirtschaftswachstums

Die Studie argumentiert, dass diese Verlagerung der europäischen Volkswirtschaften auf den Dienstleistungsbereich einer von drei Faktoren ist, die der Unsicherheit hinsichtlich der zukünftigen Wachstumsaussichten zugrunde liegen. Andere Faktoren sind der verminderte Nutzen von Innovationen im Vergleich zu Erfindungen der Vergangenheit (beispielsweise ist der Nutzen des Mobiltelefonierens im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum geringer als der der Erfindung der Elektrizität), sowie die Knappheit von Ressourcen und die Notwendigkeit der Reduzierung der weltweiten Treibhausgasemissionen.

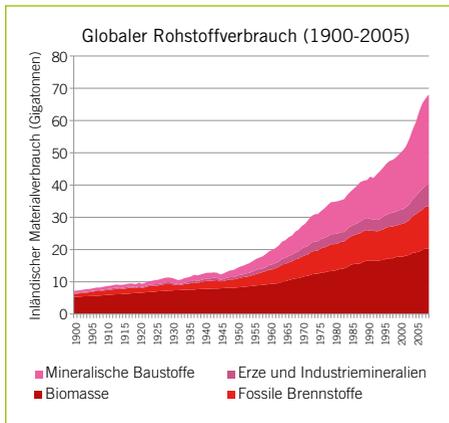
Beim Blick in die Zukunft geht die eine Seite der Debatte davon aus, dass jüngste Innovationen im Bereich neuer Informationstechnologien bislang noch keine Früchte tragen und dass die Dienstleistungsgesellschaft Potenzial für neues Wachstum bietet. Außerdem argumentieren sie, dass der Kampf gegen die Umweltzerstörung dazu

beitragen sollte, dass der Verbrauch materieller Ressourcen reduziert und gleichzeitig unser Einkommen gesteigert wird.

Auf der anderen Seite gibt es jene, die sagen, dass die jüngsten Innovationen weniger transformative Kraft haben als Innovationen aus der Vergangenheit, und dass durch die Verlagerung auf eine Dienstleistungswirtschaft das Erzielen von Produktivitätsgewinnen und demnach nachhaltiges Wachstum schwieriger wird. Außerdem stellen ihrer Meinung nach der Umweltschutz und die wachsende Knappheit an Ressourcen ein Hindernis für das Wachstum dar.

Die wichtigste Schlussfolgerung daraus ist, dass es eine grundlegende Unsicherheit hinsichtlich der künftigen Wachstumsaussichten gibt. Das liegt auch an der Unsicherheit in Bezug auf politische Entscheidungen, die Europa in der Zukunft treffen wird, sowie hinsichtlich der Technologien, die in Zukunft in Europa erfunden werden könnten. **Unterschiedliche Entscheidungen für die Gesellschaft werden unterschiedliche Auswirkungen auf das Wachstum haben.** Deshalb wäre der beste Ansatz, erst Entscheidungen zu treffen und dann ihre Konsequenzen für die Konjunktur zu betrachten, anstatt sich auf das Wirtschaftswachstum per se als höchstes Ideal für die Gesellschaft zu konzentrieren.

Der Schlüssel für die Zukunft ist daher die Entwicklung eines gemeinsamen Konzepts, in dem Wirtschaft und Gesellschaft nicht mehr abhängig sind von der Notwendigkeit beständigen BIP-Wachstums. Die Ausgangsfrage für Europa ist, ob es in der Lage sein wird, einen ernsthaften Ansatz zum Umgang mit Unsicherheiten der Zukunft zu finden, und ob es im Rahmen eines struk-



turell schwachen oder gar stagnierenden Wachstums eine Gesellschaft mit stärkerem Zusammenhalt aufbauen kann.

Eine endliche Umwelt – eine Bremse für Wachstum?

Die Studie diskutiert auch die Rolle einer „endlichen Umwelt“ mit versiegenden natürlichen Ressourcen, die das Wirtschaftswachstum bremsen könnte.

Das BIP-Wachstum hängt von einer Reihe von Faktoren ab, u.a. der Förderung und Nutzung vieler natürlicher Ressourcen (z.B. Öl, Kohle oder Gas). Eine große Herausforderung für Europa und die Welt stellt die rasche Erschöpfung der verfügbaren Vorräte dieser Ressourcen dar.

Diesbezüglich beschäftigt sich die Studie mit der Frage, ob der Mangel an Ressourcen und die Notwendigkeit, die globale Erwärmung zu stoppen, das Wirtschaftswachstum bremsen. Dies geschieht im Kontext einer Welt mit knappen Ressourcen, in der beispielsweise fossile Brennstoffe sich erschöpfen, und Hightechmineralien wie Metalle der Seltenen Erden nur in begrenzten Mengen ver-

fügar sind, und das auch nur in bestimmten Regionen der Erde. Metalle der Seltenen Erden sind Beispiele für Hightechmetalle, die in den modernsten Fertigungsprozessen im Elektronik-, IT- und Telefonbereich zum Einsatz kommen. Die Europäische Union ist insofern in einer schlechten Position, als sie im großen Maß von Energieimporten abhängig ist, nicht über Metalle der Seltenen Erden verfügt und der weltweit größte Verbraucher von Ackerflächen in Ländern der Dritten Welt ist.

Die Autoren der Studie haben ein Wirtschafts-Energie-Klima-Modell namens IMACLIM zurate gezogen, um die makroökonomischen Auswirkungen der Herausforderungen durch schwindende Energieressourcen und die Notwendigkeit einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen zu betrachten. Mithilfe des IMACLIM-Modells wurden mehr als 400 Szenarien zur Wachstumsentwicklung entworfen, unter Berücksichtigung der Menge an noch verfügbaren Energieressourcen, der Kostenentwicklung kohlenstoffarmer Technologien sowie der Änderungen der Lebensgewohnheiten. **Auch wenn die begrenzte Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen schon ein Anzeichen dafür ist, dass dauerhaftes Wirtschaftswachstum schwer zu erzielen ist, ist das noch lange nicht alles.**

Anhand des IMACLIM-Modells können die Komponenten der komplexen dynamischen Interaktion zwischen der Umwelt und Faktoren wie beispielsweise verfügbaren Ressourcen, kohlenstoffarmen Technologien und Änderungen der Lebensgewohnheiten, betrachtet werden. Aus dem Modell geht hervor, dass die makroökonomischen Auswirkungen von Maßnahmen zum Kampf gegen den Klimawandel bis zu 0,5 % des jährlichen Wachstums ausmachen könnten,

zumindest während der Übergangsphase (bis 2030) unter den pessimistischsten Annahmen. „[...] in einer Phase, in der das Wachstum bereits sehr gering ist, ist dies beachtlich,“ heißt es in der Studie.

„Während sich die Debatten zu Energie- und Klimathemen in Politik und Medien meist auf neue Technologien zur Energieerzeugung und zum Energieverbrauch zu konzentrieren scheinen, ist eigentlich entscheidend, dass wir unsere Lebensgewohnheiten ändern, um diesen ökologischen Herausforderungen zu begegnen und die makroökonomischen Kosten für diese Maßnahmen reduzieren. Und tatsächlich zeigen die Szenarien, dass wir durchaus die heutigen, wenig nachhaltigen Lebensgewohnheiten beibehalten und unser Vertrauen in technologische Innovationen allein legen können; doch diese ‚Strategie‘ könnte zu besonders hohen makroökonomischen Kosten führen.“

Was sollten Politikerinnen und Politiker tun, um die notwendigen Änderungen der Lebensgewohnheiten herbeizuführen?

Angesichts der Erschöpfung natürlicher Ressourcen müssen Politikerinnen und Politiker und Entscheidungstragende für die nötige Infrastruktur sorgen, um energieeffizientere und kohlenstoffärmere Lebensgewohnheiten zu ermöglichen. Beispiele hierfür sind der CO₂-arme Personenverkehr (sowohl für Kurz- als auch für Langstrecken), innovative Finanzierungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden sowie Standards zur Müllreduzierung. Weitere Möglichkeiten wären politische Maßnahmen, mit denen bei-

spielsweise über Produkte mit geringem Energiegehalt, wie etwa aus lokaler Produktion, informiert wird und diese somit attraktiver gemacht werden.

In Hinblick auf diese Szenariosimulation ist es wichtig zu beachten, dass die Zahlen nicht als Vorhersagen angesehen werden dürfen, sondern sie nur zur Einordnung in ein Größenverhältnis dienen. Mit ihrer Hilfe können die Kernpunkte einer Bewegung hin zu Energielösungen, die weniger auf fossilen Brennstoffen und mehr auf erneuerbaren Energien basieren, identifiziert werden. Deshalb werden im IMACLIM-Modell verschiedene Wachstumspfade und ihre ökonomischen und ökologischen Konsequenzen betrachtet. Die Modelle liefern Informationen, anhand derer verschiedene Optionen von Maßnahmen geprüft werden können, beispielsweise ob unsere städtische Umgebung verändert werden muss oder nicht, um so die Treibhausgasemissionen zu reduzieren.

Die Ergebnisse der Szenariosimulation bestätigen die Unsicherheit in Hinblick auf das zukünftige Wachstum. **Die Studie kommt zum Schluss, dass sich unter pessimistischen aber durchaus plausiblen Annahmen für die nächsten Jahrzehnte (in Bezug auf Energieressourcen, Kosten für erneuerbare Energien oder Veränderungen der Lebensgewohnheiten), die Wachstumsraten wahrscheinlich deutlich verringern.**

Ist Wohlstand ohne Wachstum möglich?

Die Schlussfolgerung ist, dass viele Faktoren (z.B. die Veränderung hin zu dienstleistungsorientierten Wirtschaften) auf eine Tendenz hindeuten, bei der die durchschnittliche Wachstumsrate in der EU in den kom-

menden Jahrzehnten keine große Zunahme aufweisen wird, sondern vielleicht sogar niedriger sein wird als über die vergangenen 30 Jahre hinweg. Ob bei stagnierendem oder bei geringerem Wachstum: der springende Punkt ist, dass wir nicht sicher sein können, wie sich das Wirtschaftswachstum in Zukunft entwickeln wird.

In der Politik werden Wachstum und Wohlstand häufig synonym gebraucht. Wachstum wird als Lösung für ökonomische und soziale Probleme angesehen – sowohl kurz- als auch langfristig und zwar sowohl vom rechten als auch vom linken politischen Flügel.

Bedeutet das, dass eine Gesellschaft, die sich in diesem Kontext des geringen Wachstums entwickelt, in ökonomischer und sozialer Hinsicht zum Niedergang verdammt ist? Oder können wir auch in einer Welt des schwachen Wachstums einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt erlangen?

Um eine Antwort auf diese Fragen zu erhalten, befasst sich die Studie mit der Literatur und den Zusammenhängen zwischen Wachstum und vier Zielen der öffentlichen Politik: subjektives Wohlbefinden (entspricht in etwa dem Glücklichein), Beschäftigung (z. B. Arbeit behalten bzw. neue Arbeit finden), Reduzierung der Einkommensungleichheit und soziale Absicherung (z.B. Gesundheits- und Rentensysteme).

Der Zusammenhang zwischen Wachstum und Wohlstand ist wesentlich geringer als allgemein angenommen. Die Studie kommt zum Schluss, dass ab einem gewissen Grad an nationalem Wohlstand, der in der Europäischen Union bereits überstiegen wurde, das Wohlbefinden nicht mehr vom Wachstum bestimmt wird. Tatsächlich hängt Wohlbefinden langfristig mehr von der Ungleich-

heit ab als vom Einkommen. Kurzfristig betrachtet herrscht in Zeiten der Rezession eine hohe Unzufriedenheit. Diese Schwankungen im subjektiven Wohlbefinden lassen sich durch den Verlust von Arbeitsplätzen erklären. Was Menschen zum Glücklichein brauchen ist also nicht unbedingt Wachstum, sondern Arbeitsplätze.

Wird Arbeitslosigkeit durch ein Sinken der Wachstumsraten hervorgerufen? Auf kurze Sicht gehen sinkende Wachstumsraten mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit einher, was kaum überraschen dürfte. Doch viele Ökonomen und Ökonomen sind der Ansicht, dass nicht Wachstum für Arbeitsplätze sorgt, sondern dass Arbeitsplätze für Wachstum sorgen. Und das gilt langfristig gesehen umso mehr.

Zusammenfassend konstatiert die Studie, dass **es keinen offensichtlichen kausalen Zusammenhang zwischen Wachstum auf der einen Seite und Glücklichein und Beschäftigung auf der anderen Seite gibt. Zum Erreichen dieser Ziele ist Wachstum nicht notwendig.** Sie können und müssen eigentlich durch Maßnahmen erreicht werden, die die Beschäftigung ankurbeln oder Ungleichheiten verringern – und nicht dadurch, dass man auf Wachstum wartet.

Auf der anderen Seite erschweren schwächere Wachstumsraten die Verringerung von Ungleichheiten, die jedoch bedeutend ist für das subjektive Wohlbefinden und effektive Gesundheitssysteme. Gleichermaßen ist es bei schwachem Wachstum besonders wichtig, die Systeme zur sozialen Absicherung zu verbessern, um so deren Finanzierung zu sichern.

Doch leider bedeutet ein Umfeld des schwachen Wachstums, dass nicht nur die Not-

wendigkeit, sondern auch die Schwierigkeit politischer Reformen größer wird – unabhängig davon, ob das Ziel die Verringerung von Ungleichheiten oder eine Reform der Systeme zur sozialen Absicherung ist. Da der Kuchen nicht mehr in dem Maße wächst wie früher, ist es komplizierter, die Umverteilung des Vermögens zwischen Lohnempfängerinnen und Lohnempfängern und Rentnerinnen und Rentnern bzw. aktiven und inaktiven Arbeitskräften vorzunehmen, oder sich – einzeln oder im Kollektiv – beispielsweise zwischen Gesundheitssystemen (und damit Steuern und Abgaben zur Finanzierung derselben im Fall von öffentlichen Gesundheitssystemen) und einem Plasmafernseher zu entscheiden. **Schwächeres Wirtschaftswachstum führt zu mehr Zielkonflikten, und macht dadurch letztendlich mehr politische Maßnahmen notwendig.**

Der Weg zu einem neuen Postwachstumsmodell

Angesichts möglicherweise geringer Wachstumsraten dürfen Politikerinnen und Politiker Ziele wie die Verringerung der Vermögensungleichheit, die Gewährleistung der sozialen Absicherung und eine Verbesserung der Lebenszufriedenheit nicht aus den Augen verlieren. Eine Option für Politikerinnen und Politiker ist, sich wegzubewegen vom Ziel des Wachstums *per se*, hin zu besseren Maßnahmen zur Verringerung der Ungleichheit und einer besseren Beschäftigungspolitik. „Wir können nicht auf Wachstum warten, um Wohlstand zu erlangen, wir müssen nur am Wohlstand selbst arbeiten,“ heißt es in der Studie.

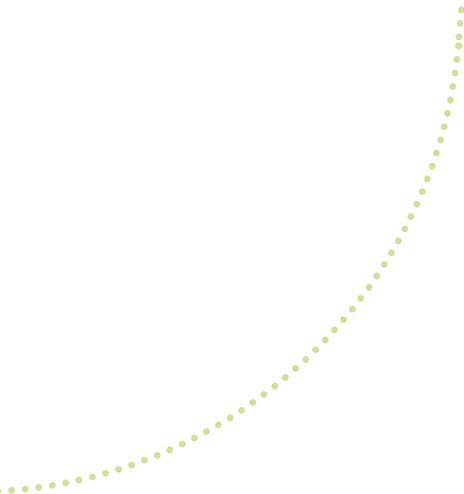
„Zusammenfassend zeigt unsere Analyse, dass nicht unbedingt das Wirtschaftswachstum einer Gesellschaft ausschlaggebend für ihren Wohlstand ist, sondern dass das öko-

nomische und soziale System als ganzes für mehr oder weniger Wohlstand sorgt.“

Ausgehend von der Annahme, dass in Europa in der nahen Zukunft ein schwaches Wirtschaftswachstum zu erwarten ist, gehen aus der Studie auch Empfehlungen hervor: „Eine Gesellschaft mit geringem Wachstum muss also die Anstrengungen zur Umverteilung von Vermögen oder zum verbesserten Zugang zu wesentlichen Leistungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Rente, verdoppeln. Gleichermäßen ist es bei schwachem Wachstum besonders notwendig, die Systeme zur sozialen Absicherung zu verbessern, um so deren Finanzierung zu sichern.“

Eine Gesellschaft kann verschiedene Entscheidungen treffen, wovon jede unterschiedliche Auswirkungen auf das BIP-Wachstum der Zukunft haben kann. Ein Beispiel für eine solche Entscheidung ist, wie mit dem Bedürfnis der Älteren nach Unabhängigkeit umgegangen wird: durch Bereitstellung von mehr Hilfe, oder durch die Automatisierung von Lösungen und medizinische Fernbetreuung.

Vernünftig wäre es, wenn eine Gesellschaft erst solche Entscheidungen trifft und dann deren Konsequenzen für das Wachstum untersucht. Daraus ergeben sich Gesellschaften, die sich in der Zukunft einer Reihe von unterschiedlichen möglichen Wachstumsraten anpassen können. „Das bedeutet nicht, dass man Wachstum gegenüber gleichgültig ist, sondern dass **ein gemeinsames Konzept für eine Zukunft ausgearbeitet wird, in der Wirtschaft und Gesellschaft nicht mehr von einem beständigen BIP-Wachstum abhängig sind.**“



Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament

Büro PHS02C27

Paul-Henri Spaak

60, rue Wiertz – 1047 Brüssel, Belgien

<http://www.greens-efa.eu/>

<http://greennewdeal.eu/>



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament

Green European Foundation asbl

1 Rue du Fort Elisabeth

L-1463 Luxemburg

Büro Brüssel:

15 Rue d'Arlon, 1050 Brüssel, Belgien

www.gef.eu



GREEN EUROPEAN
FOUNDATION



GREEN
NEW DEAL